

Sieben Thesen zu politisch-strukturellen Rahmenbedingungen von Prozessen der Integration/Inklusion

Hubertus Schröder

1. Die Migrations- und Fluchtbewegungen der letzten Monate waren von einem bemerkenswerten zivilgesellschaftlichen Engagement begleitet. Das ist einerseits ungebrochen. Andererseits wachsen Verunsicherung, Konkurrenzen um gesellschaftliche Ressourcen und Ängste vor Identitätsverlust mit den Folgen zunehmender rassistischer Übergriffe und einer immer stärker restriktiven Migrations- und Asylpolitik. (Spaltung der Gesellschaft: wachsende Pluralität und zunehmende Polarisierung)
2. Das Engagement derer, die Flüchtlinge begrüßen, die Getränke und Essen verteilen, die in den Unterkünften arbeiten, die Sprache vermitteln, Freizeit gestalten, zu Ämtern begleiten, ist Ausdruck eines starken und spontanen Willkommen-**Gefühls**. Es war und ist aber (noch) nicht Ausdruck einer gesellschaftlich verankerten, nachhaltigen Willkommens-, Anerkennungs- und Wertschätzungskultur gewesen. Das setzt einen tiefgreifenden kulturellen Wandel der für Integration/Inklusion verantwortlichen Institutionen voraus.
3. Fokus aller Ansätze von Integration/Inklusion ist die Frage nach der Stellung von Menschen (mit Migrationshintergrund) in der sozialen Verteilungsstruktur, also ihren Zugängen zu den Funktionssystemen und Ressourcen der Gesellschaft wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Recht usw.
4. Der strategische Ansatz der interkulturellen Orientierung und Öffnung setzt genau hier an: Es geht um die Analyse der (objektiven) Zugangsbarrieren und (subjektiven) Zugangshindernisse zu den gesellschaftlichen Funktionssystemen, um deren Öffnung und damit um eine Veränderung der institutionellen Strukturen, um Zugang, Zugehörigkeit und Teilhabe zu ermöglichen.
5. Teilhabechancen allein reichen aber noch nicht aus. Teilhabegewährung ist eher passiv, steht für bereits gewährte Rechte und bedeutet, als Individuum gleichberechtigter Teil eines Ganzen zu sein (abstrakte und kollektive Beteiligungsmöglichkeit). Teilnahme ist aktiv, steht für den Kampf um Teilhabe und bedeutet, die zustehenden Rechte sich anzueignen (konkrete und individuelle Beteiligungswahrnehmung). Dazu müssen Menschen befähigt werden.
6. Mit Empowerment, Ressourcenorientierung, Partizipation, Selbstorganisation und Netzwerkarbeit der ethischen Communities sowie Gemeinwesenorientierung nehmen interkulturelle Arbeitsansätze leitende Prinzipien und orientierende Konzepte der Gemeindepsychologie auf. Damit sind gemeindepsychologisch denkende Menschen aufgefordert, sich mit dem Thema interkulturelle Öffnung zu beschäftigen und dazu beizutragen, die dafür notwendigen strukturellen und individuellen Voraussetzungen zu schaffen.

7. Erst interkulturell geöffnete Strukturen der zentralen gesellschaftlichen Institutionen sind Grundlage für Anerkennung und Wertschätzung, ermöglichen Integration und Inklusion, gewährleisten Teilhabe und Zugehörigkeit.